



Ausschuss für Digitalisierung und Innovation

30. Sitzung (öffentlich)

7. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Thorsten Schick (CDU)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzungsvorlage)

Vorlage 17/2328 (Erläuterungsband Einzelplan 14)
Vorlage 17/2510 (Einführungsbericht)
Vorlage 17/2585 (Beantwortung der Fragen)
Ausschussprotokoll 17/741 (Haushaltsklausur HFA, Einzelplan 14 ab S. 15)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion (*s. Anlage 1*) zu Kapitel 14 500, Titel 68 672, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Der Einzelplan 14, soweit er die Zuständigkeit des Ausschusses betrifft, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD angenommen.

2 IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen stärken – Patientenschutz sichern **10**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5634
Ausschussprotokoll 17/692 (Gespräch mit sachverst. Gästen vom 04.07.2019)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

3 Innovationspotential der Blockchain-Technologie für die öffentliche Verwaltung nutzen! **12**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5623

Ausschussprotokoll 17/729 (Gespräch mit sachverst. Gästen vom 12.09.2019)
Vorlage 17/2509 (Sachstandsbericht der Landesregierung)

– Wortbeiträge

Aufgrund des noch ausstehenden Votums des mitberatenden AHKBW einigt sich der Ausschuss darauf, die abschließende Abstimmung zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen.

4 Innovatives Bauen im 3D-Druckverfahren fördern **15**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7544

– Wortbeiträge

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD angenommen.

- 5 Ziele der Digitalstrategie** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **17**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2653
– Wortbeiträge
- 6 Künstliche Intelligenz – Kooperation zwischen Polen und Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **19**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2646
– Wortbeiträge
- 7 5G – Strategie** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **21**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2647
– Wortbeiträge
- 8 Verschiedenes** **23**
hier: **gemeinsame Anhörung ADI und WissA**

Tischvorlage

Änderungsantrag der Fraktion der SPD zum Haushaltsgesetzentwurf 2020

Einzelplan 14

Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation
am 7. November 2019

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzungsvorlage)

Vorlage 17/2328 (Erläuterungsband Einzelplan 14)
Vorlage 17/2510 (Einführungsbericht)
Vorlage 17/2585 (Beantwortung der Fragen)
Ausschussprotokoll 17/741 (Haushaltsklausur HFA, Einzelplan 14 ab S. 15)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Florian Braun (CDU) ist der Meinung, die Schwerpunkte innerhalb des Haushalts seien klug gewählt. Die Koalition fokussiere sich auf Digitalisierung und Innovationsförderung mit Blick auf den konkreten Nutzen für die Menschen und für den Wirtschaftsstandort und stelle demzufolge in großem Umfang finanzielle Mittel für Infrastruktur, Transformationsprozesse, Verwaltung, Start-ups und Forschung zur Verfügung.

Insbesondere begrüße er den neuen Haushaltsposten in Höhe von 27 Millionen Euro für das Onlinezugangsgesetz, mit dem flächendeckende Angebote von Verwaltungsleistungen erarbeitet werden könnten und der einen echten Mehrwert für die Kommunen darstelle.

Ebenso lobe er, dass die sechs Exzellenz Start-up Center mit rund 5 Millionen Euro pro Jahr fünf Jahre lang gefördert werden sollten, und er hebe die Erhöhung der Landeskofinanzierungsmittel für Gigabit auf 114 Millionen Euro hervor, womit Projektsicherheit gewährleistet werden solle. Die Verknüpfung dessen mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von knapp 1 Milliarde Euro sende die klare Botschaft, dass das Land seine Verpflichtungen zur Finanzierung von Projekten erfülle.

Das schwarz-gelbe Gründerstipendium bezeichne er als eine richtige Erfolgsgeschichte. Überall im Land bekomme man dazu positive Rückmeldungen und sehe glückliche Gesichter von Gründern, die damit gut leben und arbeiten könnten. Auch die Umsetzung des Programms gestalte sich sehr erfolgreich.

Dem Bericht der Landesregierung zu TOP 7 könne man entnehmen, dass die Gesamtsumme der für 5G zur Verfügung gestellten Mittel in keiner Weise verringert werde. Vielmehr sei es eine rein haushaltstierische Frage, was im nächsten Jahr aufgrund der Beantragungszeiträume überhaupt faktisch verausgabt werden könne. Es müsse sorgsam gehaushaltet werden, sodass keine Gelder verloren gingen.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) erkennt in dem Haushalt eine Menge an verlorenen Chancen. Stelle eine verantwortlich handelnde Landesregierung Gelder in einen Haushalt ein, seien diese nicht verloren, vielmehr räume der Landesgesetzgeber der Landesregierung damit die Möglichkeit ein, Geld für wichtige Projekte auszugeben. Die

Haltung, dass Minister Pinkwart zur Verfügung gestelltes Geld im Zweifel verloren sei, zeuge von Klärungsbedarf innerhalb der schwarz-gelben Koalition.

Die Antworten der Landesregierung auf die Fragen der SPD-Fraktion zeigten, dass es in wichtigen Bereichen zumindest an Ambitionen mangle. Die veranschlagten 18 Millionen Euro für KI sehe er im globalen und auch im europäischen Vergleich als nicht schlecht an, dies könne aber auch nicht als so „weltbest“ bezeichnet werden, wie Schwarz-Gelb sich gerne darstelle. Vielmehr handele es sich dabei um eine der verlorenen Chancen des Haushalts.

Er freue sich, dass nun zumindest ein Entwurf für ein neues E-Government-Gesetz vorliege. Allerdings habe sich die Landesregierung damit auch viel Zeit gelassen, und auch dem Haushalt könne er noch nicht entnehmen, dass im nächsten Jahr der große Durchbruch erwartet werden dürfe. So richtig komme NRW in dieser Hinsicht nicht vom Fleck.

Ähnliches gelte für den Ausbau der digitalen Infrastruktur und 5G. Die haushalterischen Gründe dafür wolle er gar nicht in Abrede stellen, dennoch stelle er fest, dass weniger Geld eingeplant werde als im Vorjahr. Dieses Signal halte er für schwierig, und auch dies bewege seine Fraktion dazu, den Haushalt nicht mitzutragen.

Im Hinblick auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion habe er nicht verstanden, warum diese eine Erhöhung des Titels 686 72 um einen Betrag von genau 10 Millionen Euro fordere. Schließlich betrage die Kürzung mehr als 14 Millionen Euro. In dieser Hinsicht erwarte er gespannt die Ausführungen der Kollegin Kampmann.

Christina Kampmann (SPD) äußert den Eindruck, die im Ausschuss häufig besprochenen Schwerpunkte spiegelten sich finanziell nicht im Haushalt wider. So werde beim Thema „Blockchain“ um 850.000 Euro gekürzt, und auch der Bereich „KI“ komme nicht gut weg, denn die dafür bereitstehenden 18 Millionen Euro reichten nicht aus. Insbesondere angesichts der Summe von 2 Milliarden Euro, welche die bayerische Landesregierung für das Thema vorsehe, halte sie dies für zu wenig.

Auch im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau würden Mittel gekürzt: Es handele sich nun um 114 Millionen Euro im Gegensatz zu 170 Millionen Euro im vergangenen Jahr. Auch wenn der Betrag an die Kofinanzierung der Bundesmittel gekoppelt sei, halte sie diesen Rückgang für ein problematisches Zeichen; denn schließlich wüssten alle, dass mehr ausgebaut und damit auch mehr finanziert werden müsse.

Die zum Thema „5G“ in dem Änderungsantrag der SPD aufgeführte Zahl von 10 Millionen Euro basiere auf der haushalterischen Verantwortung der SPD, die immer auch den Gesamthaushalt im Blick behalte. Natürlich nehme sie zur Kenntnis, dass der Wettbewerb erst Ende 2019 starten werde. Dennoch frage sie sich, ob es nicht den Prozess beschleunige, die Mittel vor Mitte 2020 bereitzustellen.

Die SPD-Fraktion halte den Haushalt nicht für überzeugend und werde ihn deshalb nicht mittragen.

Vernünftige, nachhaltige Haushaltspolitik zeichne sich nicht dadurch aus, mit Geld um sich zu werfen, sondern die richtigen Akzente zu setzen und im Sinne zukünftiger Generationen sparsam mit den Geldern der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen umzugehen, so **Rainer Matheisen (FDP)**. Daraus resultiere die Absenkung der Gesamtausgaben des Ministeriums. Nichtsdestotrotz verzeichne der Haushalt an wichtigen Positionen einen Aufwuchs, teilweise seien Mittel dort erstmals eingestellt worden.

Viele Unternehmen ständen vor dem Problem, sich auf die Digitalisierung einstellen zu müssen, auf diese Weise aber nicht mit dem Staat kommunizieren zu können. Deswegen freue er sich darüber, dass zur Umsetzung des E-Government-Gesetzes 15,1 % mehr an Mitteln zur Verfügung gestellt würden. Er sehe dies als einen guten Schritt in die richtige Richtung, medienbruchfreie, digitale Kommunikation zwischen Unternehmen und Staat zu ermöglichen; schließlich müsse sich der Staat auch als Dienstleister gegenüber den Unternehmen verstehen.

Den Aufwuchs in Sachen „Gründerstipendien“ halte er für besonders wichtig, weil NRW sich mehr weibliche Gründungen wünsche. NRW befinde sich in dieser Hinsicht auf Erfolgskurs, was in Untersuchungen und Gesprächen mit der Szene bestätigt werde.

Einen weiteren Schwerpunkt der NRW-Koalition sehe er in Sachen „Social Entrepreneurship“, was für Nordrhein-Westfalen zunehmend an Bedeutung gewinne. Er begrüße es, dass mit den Gründerstipendien gezielt auch diese Zielgruppe angesprochen werde. Außerdem geschehe dies in der täglichen Beratungsarbeit vor Ort, wofür er den STARTERCENTERN, den DWNRW-Hubs usw. herzlich danke.

Erstmals würden Mittel für das Onlinezugangsgesetz in Höhe von 27 Millionen Euro eingestellt. Einerseits entspreche dies einer gesetzlichen Verpflichtung, auf der anderen Seite stelle die Höhe aber ein starkes Signal dar, die Digitalisierung erlebbar zu machen.

Insgesamt setze die Regierung gute Schwerpunkte und gehe vernünftig mit dem Geld der Steuerzahler um.

Laut **Florian Braun (CDU)** dürfe Christina Kampmann nicht die Titelgruppe 62 mit der Titelgruppe 64 verwechseln. Titelgruppe 62, auf die sich Kampmann in ihrem Redebeitrag bezogen habe, enthalte die Förderaufrufe bzw. die Calls 1 bis 5 des Bundesförderprogramms, die mittlerweile jedoch schlicht und einfach ausgelaufen seien. Aus dieser Titelgruppe werde faktisch kein Geld mehr abfließen, und daraus resultiere die Reduzierung des Ansatzes.

Der 6. Call beziehe sich auf die Gigabitförderung, die im Haushalt mit einer weiteren Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 777.192.000 Euro vor einer weiteren Erhöhung stehe. Es scheitere jedenfalls nicht an der Kofinanzierung. Außerdem befänden sich viele Projekte aus den Vorjahren bereits auf dem Weg.

Er halte es für entlarvend, dass die SPD-Fraktion mal eben eine Erhöhung von 10 Millionen Euro für den Ausbau von 5G fordere, ohne eine Idee über die konkrete Umsetzung zu haben. Er bezeichne dies als reine Buzzword-Politik, mit der man vielleicht

Wahlkampf machen könne, ohne dass jedoch eine Idee oder ein Konzept dahinterstehe. Diesen leichtfertigen Umgang mit Steuergeldern halte er schlicht für verantwortungslos.

Allen sei klar, dass in Sachen „Gigabitförderung“ nicht alles von einem Tag auf den anderen umsetzbar sei und die Mittel sofort abgerufen würden, so **Rainer Matheisen (FDP)**. Aktuell fehlten die Planungs- und Baukapazitäten und sogar die Baggerfahrer, und demnach könne nicht in diesem Jahr ein hundertprozentiger Ausbau erreicht werden. NRW stelle zu diesem Zweck bis 2023 eine gewaltige Summe in Höhe von 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung.

Christina Kampmann (SPD) betont, die SPD-Fraktion habe genauso wie die FDP-Fraktion im Gegensatz zur CDU-Fraktion bereits eine KI-Strategie vorgelegt. Es mange der SPD also nicht an Ideen.

In Sachen „5G“ schätze sie den Spielraum bei den dafür einzusetzenden Mitteln als sehr begrenzt ein, schließlich gehe es in naher Zukunft auch um den Rollout. Die SPD-Fraktion fordere einerseits mehr Mittel, andererseits sollten diese ihrer Meinung nach auch früher zur Verfügung stehen, damit NRW beim Gigabitausbau nicht den anderen Ländern hinterherhinke.

Titelgruppe 72 im Haushalt 2020 enthalte für die Einrichtung von Testfeldern zur 5G-Schlüsseltechnologie einen Ansatz in Höhe von 21,4 Millionen Euro und außerdem Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 54 Millionen Euro, so **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)**. Dies zeige, dass die Landesregierung es mit dem Thema sehr ernst meine.

Natürlich könne man dies noch höher dotieren, allerdings halte die Landesregierung den veranschlagten Betrag mit Blick auf den ausgeschriebenen Wettbewerb für realistisch. Im nächsten Jahr sollten demnach insgesamt 90 Millionen Euro bereitgestellt werden, und angesichts der erwartbaren Anträge und Umsetzbarkeiten im Jahr 2020 halte er dies für absolut ausreichend, um die Ziele mit den vorhandenen starken Partnern angehen zu können. Es mache keinen Sinn, Haushaltsansätze festzulegen, die man am Ende nicht verausgaben könne. Er bedanke sich in dieser Hinsicht auch bei der Opposition für die sehr konstruktive Diskussion über dieses Thema, und er könne auch viel Unterstützung für den Kurs der Landesregierung erkennen.

Zum Thema „Gigabitausbau“ verstehe er nicht, warum Christina Kampmann die Situation in Nordrhein-Westfalen so schlecht einschätze, denn das decke sich nicht mit seiner Sichtweise. – Auf den Einwurf **Christina Kampmanns (SPD)**, dies sehe sie aufgrund der Zahlen so, erwidert **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)**, die Zahlen zum Gigabitausbau in Bezug auf die öffentliche Förderung hätten sich in ganz Deutschland noch nicht derart entwickelt, wie es sein könnte. Dies zeigten die Antworten auf die regelmäßigen Anfragen der Grünen-Bundestagsfraktion, deren Zahlen bundesweit zur Verfügung ständen. Grund dafür seien die Startschwierigkeiten mit staatlichen Förderprogrammen generell. Auf allen Ebenen bessere es sich zwar, aber dies benötige Zeit.

Aus diesem Grund setze die Landesregierung schwerpunktmäßig auf den eigenwirtschaftlichen Ausbau – sie werde es auch weiterhin tun –, der in den letzten zwei Jahren deutlich vorangekommen sei. Insbesondere im kommunalen Bereich beständen bei solchen staatlichen Aktionen zahlreiche Probleme, die aus der Pflicht zu europaweiten Ausschreibungen und einer weiterhin stabilen Baukonjunkturlage im Binnenland resultierten. NRW sei dabei aber nicht besser und nicht schlechter als andere Länder. Vielmehr werde jetzt eine große Bugwelle abgearbeitet, und er hoffe, dass sich dies nach Abrechnung der Projekte in den Jahren 2020/21 in Zahlen niederschlage.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion (s. *Anlage 1*) zu Kapitel 14 500, Titel 68 672, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Der Einzelplan 14, soweit er die Zuständigkeit des Ausschusses betrifft, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD angenommen.

